

*Pressemitteilung zur Stadtverordnetenversammlung am 26.09.2024*

## **Verwaltungsgericht prüft Ortsentlastungsstraße**

Wieder einmal versuchte Bürgermeister Siehr, Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht umzusetzen.

Beim Bau der Ortsentlastungsstraße soll nun das Verwaltungsgericht den vertraglichen Anspruch zum Bau der Straße prüfen. Bereits im Dezember 2023 erfolgte der mehrheitliche Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung zur Erhebung einer Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen das Land Hessen, nachdem die Gespräche zwischen der Stadt Ginsheim-Gustavsburg und dem Verkehrsministerium zu keinem Ergebnis geführt hatten.

Der Bürgermeister bat in der Folge darum, zunächst Gespräche mit der neuen Landesregierung zu führen. Diese Beratungen verliefen jedoch negativ, das Land Hessen verhält sich weiterhin vertragsbrüchig und will seinen rechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Ganz im Gegenteil ist trotz der drohenden Klage keinerlei Kompromissbereitschaft erkennbar. Der Bürgermeister gab in diesem Verfahren ebenso eine schlechte Figur ab, da er die Interessen der Menschen im alten Ortskern von Ginsheim ignoriert, sich nicht für eine Entlastung einsetzt und die Verschleppungstaktik weiter fortsetzt. Sein Antrag, der darauf abzielte ein weiteres Jahr tatenlos zuzusehen, fand Gott sei Dank keine Mehrheit.

Bei der Entscheidung zur Verwendung des Überschusses des Bauhofs in Höhe von über 200.000 Euro stellten die Freien Wähler einen Änderungsantrag, um 100.000 Euro der defizitären Stadtkasse zuzuführen. Dies scheiterte am Ende an rechtlichen Hürden, die erst kurz vor der Abstimmung seitens des Bürgermeisters, begleitet von heftigen Vorwürfen, man wolle dem Bauhof in die Tasche greifen, vorgebracht wurden. Eine sachliche Entscheidung im Sinne der Einwohner Ginsheim-Gustavsburgs war somit nicht möglich, die Freien Wähler wollen niemandem etwas wegnehmen - sondern ganz im Gegenteil dafür sorgen, dass den Bürgerinnen und Bürgern nicht noch tiefer in die Tasche gegriffen wird.

Einer Vereinbarung zwischen der Kommune und der Hospizstiftung in Groß-Gerau zur Kostenbeteiligung in Höhe von 17.000 Euro haben die Freien Wähler zugestimmt. Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft ist ein stationäres Hospiz in unserem Kreis unverzichtbar.



**FW Ginsheim-Gustavsburg e.V.**

**FREIE WÄHLER**

Gemeinsam mit der CDU konnte ein Antrag zur Verabschiedung einer Hebesatzsatzung für die Grundsteuer in unserer Stadt auf den Weg gebracht werden. Diese sieht vor, dass das Gesamtaufkommen der Grundsteuer auf dem Niveau dieses Jahres bleibt und ist erforderlich, damit unsere Stadt nach der Grundsteuerreform ab dem 1. Januar 2025 überhaupt Steuern erheben kann.

Auch hier gab der Bürgermeister eine dürftige Vorstellung ab, da er diese Satzung erst im Verlauf der Haushaltsberatungen beschließen lassen wollte.

Ob diese jedoch erfolgreich verlaufen, ist momentan völlig offen. Ohne Satzung stünde unsere Stadt vor der Zahlungsunfähigkeit. Auch dieser Antrag fand eine Mehrheit.